



MERKBLATT ÜBER DIE ANFORDERUNGEN AN DEN SACHBERICHT UND AN DIE BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNISSE

Inhalt

ALLGEMEINES	1
SACHBERICHT	1
MINDESTINHALTE UND -ANFORDERUNGEN AN DAS BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNIS	2
SPEZIFISCHE LEISTUNGEN	3

ALLGEMEINES

Die Richtlinie zur „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 sowie die dazugehörigen einschlägigen Bestimmungen, insbesondere die Besonderen Nebenbestimmungen „BNBest-Beratung“ und der „Leitfaden zur Umsetzung der Förderrichtlinie“, definieren inhaltliche Anforderung an das Beratungs-/Planungsergebnis sowie an den Sachbericht. Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung wird die Erfüllung dieser inhaltlichen Kriterien von der Bewilligungsbehörde atene KOM (Projektträger) überprüft. Zur Gewährleistung eines reibungslosen Ablaufs und entsprechender Auszahlung der Fördermittel ist eine Einhaltung des geforderten inhaltlichen Standards unabdingbar.

Wichtig:

Sofern **Ihr Antrag vor dem 03.08.2016 gestellt wurde**, erfolgt eine Bewertung gemäß des Mindeststandards (Mindestanforderung der BNBest-Beratung inklusive des im Leitfaden definierten wissenschaftlichen Standards – siehe unten).

Wenn **Ihr Antrag nach dem 03.08.2016 gestellt wurde** (Einführung spezifischer Leistungsgegenstände und Musterleistungsbilder im Leitfaden zur Umsetzung der Förderrichtlinie), erfolgt **neben einer Bewertung des Mindeststandards auch eine Bewertung der darüber hinaus durchgeführten spezifischen Leistungen**.

SACHBERICHT

Der Sachbericht stellt ein zentrales Element des Verwendungsnachweises dar und sollte die Inhalte und Ergebnisse der Beratungs-/Planungsleistung wiedergeben. Er dient als wichtige Orientierungshilfe, um die Nachvollziehbarkeit der durchgeführten Leistungen sowie deren Qualität zu garantieren. Je plausibler und vollständiger der Sachbericht ausgefüllt wird, desto schneller kann dieser bearbeitet werden, wodurch die Fördermittel zeitnah ausbezahlt werden können.

Aus dem Sachbericht sollte eindeutig hervorgehen, **inwiefern die geforderten inhaltlichen Punkte bearbeitet wurden bzw. wo genau hierzu Informationen im Beratungsergebnis zu finden sind. Ein entsprechender Verweis auf ein eingereichtes Dokument in Kombination mit Seitenzahl oder auf einen bestimmten Layer innerhalb der Geodaten ist bereits ausreichend.**



MERKBLATT ÜBER DIE ANFORDERUNGEN AN DEN SACHBERICHT UND AN DIE BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNISSE

Bitte verwenden Sie die unter <http://www.atenekom.eu/bfp/downloads/> zur Verfügung stehende Vorlage für den Sachbericht in der jeweils korrekten Fassung, je nachdem, **ob Ihr Antrag vor oder nach dem 03.08.2016** gestellt wurde.

Die **Fassung für Anträge vor dem 03.08.2016** enthält lediglich allgemeine Angaben sowie eine Abfrage der Mindeststandards inklusive des zugrunde zulegenden wissenschaftlichen Standards und ist daher **immer komplett auszufüllen**.

Neben den allgemeinen Angaben sieht die **Fassung für Anträge nach dem 03.08.2016 detaillierte Angaben zu den beantragten und durchgeführten spezifischen Leistungsgegenständen vor**.

Ausführliche Angaben zum Ausfüllen des Sachberichts finden Sie direkt in den jeweiligen Formularen.

MINDESTINHALTE UND -ANFORDERUNGEN AN DAS BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNIS

Das Beratungs-/Planungsergebnis **muss unabhängig vom Zeitpunkt der Antragsstellung und darüber hinausgehenden durchgeführten spezifischen Leistungen folgende Mindestinhalte nach wissenschaftlichem Standard (siehe unten) umfassen** (vgl. Nr. 2.2.1 und 2.3 der BNBEST-Beratung):

- A) **die Aufnahme der Ist-Situation der Region**, insbesondere für das Scoring relevanter Punkte (z. B. Einwohnerdichte, vorhandene Infrastrukturen, Mitnutzung und Mitverlegungsmöglichkeiten),
- B) **ein Vergleich des Projektgebiets (Cluster)** in verschiedenen Ausbauszenarien hinsichtlich verschiedener Technologieansätze und
- C) eine **Kostenschätzung auf Basis einer Grobplanung**.

Im Leitfaden zur Umsetzung der Förderrichtlinie wird der zugrundeliegende **wissenschaftliche Standard** unter Punkt 3.2 näher definiert. Die darin aufgeführten Punkte **müssen hinlänglich im Beratungsergebnis (i. d. R. Studie und Geodaten) behandelt werden**. Dies muss aus dem Beratungsergebnis klar ersichtlich werden.

- **Analyse von vorhandenen Infrastrukturen** aller Sektoren (z. B. Abwasser, Straße etc.) hinsichtlich ihrer Kapazitäten und der Nutzbarkeit für den Telekommunikationssektor sowie deren kartografische Darstellung und/oder Zusammenstellung in digitalem Format
- Aufnahme von **kostenerhöhenden topografischen Erschwernissen** sowie Querungen von Bahntrassen oder Wasserinfrastrukturen
- Auffinden **zentraler Übergabepunkte für Backhaul-Verbindungen**
- kartografische und tabellarische Darstellung mit Bezeichnung, Adresse und Versorgungsgrad folgender Informationen (Darstellung kann als Polygon erfolgen):
 - aktueller Versorgungsgrad und **Identifizierung weißer Flecken**
 - Anbindung der **Gewerbegebiete**
 - Anbindung **öffentlicher Einrichtungen** (Verwaltung und Rathäuser)
 - Anbindung von **Schulen und Bildungseinrichtungen**



MERKBLATT ÜBER DIE ANFORDERUNGEN AN DEN SACHBERICHT UND AN DIE BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNISSE

- Anbindung von **Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen**
Sollten keine Strukturen dieser Art vorhanden sein, sollte dies im Beratungsergebnis vermerkt werden.
- Erstellung eines **Netzstrukturkonzepts** auf der Basis vorstehender Informationen. Die Netzstrukturkonzepte berücksichtigen
 - die Vorgaben zur Dimensionierung passiver Infrastruktur
 - das im Verfahren vorgegebene Materialkonzept (sofern ein Folgeantrag nach Nr.3.1/3.2 der Förderrichtlinie geplant ist) sowie
 - die GIS-Nebenbestimmungen (insbesondere das dort festgelegte Dateiformat (GeoJSON oder ESRI-Shape))

Eine vollständige Konformität der Geodaten mit den GIS-Nebenbestimmungen (Layerstruktur, Attribute etc.) ist im Rahmen des Beratungs-/Planungsergebnisses **noch nicht erforderlich**. Im Hinblick auf einen möglichen Folgeantrag nach Nr. 3.1/3.2 der Förderrichtlinie, für welchen eine volle Konformität mit den GIS-Nebenbestimmungen zwingend notwendig ist, sollte eine **Anpassung an die GIS-Nebenbestimmungen soweit wie möglich erfolgen**.

Wichtig: Diese Inhalte sind im Rahmen des Beratungsergebnisses **vollständig zu erbringen**.

Die Mindestanforderungen gemäß BNBest-Beratung inklusive des zugrundeliegenden wissenschaftlichen Standards können auch **in Eigenleistung** erbracht werden bzw. bereits bestehen und somit nicht Teil der Beratungs-/Planungsleistung sein. Auch in diesem Fall sind die entsprechenden Dokumente und Daten **der Bewilligungsbehörde atene KOM vorzulegen**.

Zusätzlich können spezifische, über die Mindestanforderungen hinausgehende, Leistungen gefördert werden.

SPEZIFISCHE LEISTUNGEN

Die spezifischen Leistungsgegenstände können umfassen:

1. Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsabwägungen

Die Wirtschaftlichkeitsabwägung dient dazu, das wirtschaftlichste Fördermodell für den Breitbandausbau zu identifizieren. Die Wirtschaftlichkeitsabwägung kann gemäß Richtlinie zur Breitbandförderung des Bundes **mit Hilfe einer Studie oder im Rahmen eines Interessensbekundungsverfahrens (IBV) erfolgen**.

Studien beinhalten, basierend auf den Mindestanforderungen, insbesondere folgende Informationen:

- Abgrenzung des Ausbaugebiets/der weißen Flecken
- Anzahl der unterversorgten Haushalte und Gewerbe inkl. deren Bedarfe
- Sonstige Nachfrager und deren Bedarfe
- Mitnutzbare Infrastrukturen der öffentlichen Hand
- Modellrechnungen zu
 - Penetrationsrate (bei beiden Fördermodellen gleich)
 - Investitionskosten



MERKBLATT ÜBER DIE ANFORDERUNGEN AN DEN SACHBERICHT UND AN DIE BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNISSE

Wird ein **Interessenbekundungsverfahren** durchgeführt, so sind insbesondere folgende Punkte abzufragen und im Beratungsergebnis **pro Telekommunikationsunternehmen** darzustellen:

- Zuverlässigkeit, Hochwertigkeit, NGA-Netzfähigkeit
- Höhe der Zahlung für die Nutzung passiver Infrastruktur
- Zugangsverpflichtung und Vorleistungspreisen
- Leistungen, Kosten und Subventionsbedarf

Ein **Musterleistungsbild für eine Wirtschaftlichkeitsabwägung** findet sich im **Anhang 1 des Leitfadens** zur Umsetzung der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ in seiner jeweils gültigen Fassung, abrufbar unter <http://www.atene-kom.eu/bfp/downloads/>.

2. Geoinformations-Dienstleistungen

Neben der zu den Mindestanforderungen gehörigen Erstellung eines Netzstrukturkonzeptes, stellt die Erbringung spezifischer Geoinformationsdienstleistungen einen eigenen Leistungsgegenstand dar. Die Beratung zielt auf die Festlegung des Projektgebietes sowie auf das Erstellen und Aufarbeiten von Kartenmaterial im digitalen Format, **für Förderanträge oder weitergehende Dokumentation**.

Hierzu gehören insbesondere:

- Die Digitalisierung von Bestandsanlagen verschiedener Sektoren
- Die Vorbereitung von Netzplänen für Antragstellung und Dokumentation

Die alleinige Umwandlung von Daten in ein anderes Dateiformat ist nicht zuwendungsfähig.

Die oben ausgeführten Anforderungen an Kartenmaterial gelten entsprechend.

3. Juristische und technische Begleitung beim Ausschreibungsverfahren

Die Beratung dient hierbei insbesondere der Formulierung der Ausschreibung, der Wahl der richtigen Verfahrensart oder der Gestaltung des Betreibervertrages. Das Einreichen von Unterlagen, welche als Beratungsergebnis fungieren und so eine Nachvollziehbarkeit der erfolgten Leistungen gewährleisten, ist zwingend notwendig. Als Beratungsergebnis für die juristische/technische Begleitung kann z. B. der Ausschreibungstext, Pachtvertrag etc. dienen oder eine detaillierte schriftliche Dokumentation der erfolgten Leistungen.

4. Erstellung von übergreifenden Netzstrukturkonzepten (nur Landkreise)

Die Beratungsleistung dient hier übergreifenden bzw. koordinierenden Tätigkeiten und kann daher in der Regel nur von Landkreisen durchgeführt werden. Jene übergeordnete Natur muss aus dem Beratungsergebnis eindeutig ersichtlich sein.

5. Beratungsleistungen Gigabitgesellschaft

Eine Förderung kann auch dann erfolgen, wenn der Zuwendungsempfänger grundsätzlich bereits mit 30 MBit/s versorgt ist. Diese Förderung ermöglicht Vorarbeiten für nachhaltige NGA-Infrastrukturen mit hohem synergetischem Potenzial und zielt auf die Entwicklung einer Gigabitgesellschaft. Basierend auf den Mindestanforderungen müssen folgende Punkte berücksichtigt werden.

- Analyse von vorhandenen Infrastrukturen und Mitverlegungs- und Mitnutzungsmöglichkeiten
- Geografische Analyse zukünftiger Bedarfe (z. B. Bebauungspläne, Bevölkerungswachstum)
- Kartografische Aufnahme geplanter Baumaßnahmen an Verkehrswegen



MERKBLATT ÜBER DIE ANFORDERUNGEN AN DEN SACHBERICHT UND AN DIE BERATUNGS-/ PLANUNGSERGEBNISSE

- Auffinden zentraler Übergabepunkte für Backhaul-Verbindungen
- Kostenmäßige Analyse der Erweiterung der Netzinfrastruktur zu FTTB-Netzen
- Darstellung der Verfügbarkeit von Glasfaser nach Homes Passed und Homes Connected
- Prüfung relevanter Plätze zum Aufbau von freiem WLAN
- Prüfung der Anbindung von Mobilfunkmasten
- Prüfung der Notwendigkeit der Ausweitung von Mobilfunk in der Region
- Planung eines kreisweiten Backbone für alle Ortschaften des Landkreises (Bestandsanalyse und Lückenschluss)
- Darlegung erfolgter Gespräche mit regional tätigen Versorgern und TKU

Ein **Musterleistungsbild für die Gigabitgesellschaft** findet sich im **Anhang 1 des Leitfadens** zur Umsetzung der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ in seiner jeweils gültigen Fassung, abrufbar unter <http://www.atenekom.eu/bfp/downloads/>.

Für Fragen zum Verwendungsnachweis steht Ihnen die Bundesförderprogramm-Hotline unter **030 233249 777** montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr zur Verfügung. Schriftliche Anfragen stellen Sie bitte an projekttraeger@atenekom.eu.